

PWB Rechtsanwälte verklagen BaFin

17.12.2012 | [Panorama](#) von Oranus Mahmoodi



Die Rechtsanwälte von PWB bereiten Staatshaftungsklagen in Sachen Phoenix Kapitaldienst vor und werfen der BaFin grobe Versäumnisse vor. Die BaFin verweigert zudem Akteneinsicht.

Mehr zum Thema:

Die Rechtsanwaltskanzlei PWB Rechtsanwälte aus Jena bereitet Staatshaftungsklagen gegen die Bundesrepublik Deutschland vor. Der Vorwurf: Grobe Versäumnisse der Bundesanstalt für Finanzdienstleistungsaufsicht (BaFin) im Zusammenhang mit der Überwachung des inzwischen insolventen Unternehmens Phoenix Kapitaldienst. „Ein rechtzeitiges Eingreifen der Bundesanstalt für Finanzdienstleistungsaufsicht hätte meiner Auffassung nach gut 30.000 Phoenix-Anleger vor massiven finanziellen Schäden und vor mühsamen Entschädigungsklagen bewahrt“, sagt Rechtsanwalt Philipp Wolfgang Beyer, Inhaber der Kanzlei.

Zudem habe die BaFin ihre Überwachungsaufgaben „grob fahrlässig missachtet“ und das Interesse der Anleger außer Acht gelassen. „Mir fehlt vor allem das Verständnis dafür, dass die Bundesanstalt uns das damalige Sondergutachten der Wirtschaftsprüfer seit Wochen vorenthält“, ergänzt Rechtsanwalt Matthias Kilian. RA Kilian habe bereits über 400 erfolgreiche Klagen gegen die staatliche Entschädigungsreinrichtung EdW für die Phoenix-Anleger geführt und werde nun für mehrere Tausend Anleger auf Akteneinsicht gegen die BaFin klagen. „Wir wollen die genauen Hintergründe und die Verantwortlichen dieses Versagens ermitteln“, meint Rechtsanwalt Kilian.

Kilians Bedenken sind massiv und verschwörerisch: „Ich hoffe nicht, dass die Bundesanstalt uns die Akteneinsicht verweigert, um Schadenersatzansprüche der geschädigten Phoenix-Anleger gegen die Bundesrepublik zu vereiteln. Denn warum ein angebliches Geheimhaltungsinteresse eines betrügerischen Unternehmens, und dies haben die Gerichte bereits festgestellt, wichtiger sein soll, als das Recht der betrogenen Anleger auf eine angemessene Entschädigung, entzieht sich meinem Verständnis.“